



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 28, No.10-12/2013

**abgeschlossen am
17. Dezember 2013**

	<u>Seite</u>
1. Überbrückungshaushalt beendet Schließung von Bundesbehörden	1
2. Haushaltskompromiss zwischen Republikanern und Demokraten	3
3. Breite Kritik an mangelhafter Umsetzung von Obamas Gesundheitsreform	5
4. Senat schränkt „Filibuster“ stark ein	7
5. Steuerpolitik in unbefristeter Warteschleife	9
6. Geheimdienstausschuss des Senats für Reform der gesetzlichen Grundlagen der NSA-Aktivitäten	11
7. Uneinigkeit bei den Demokraten über weiteren Umgang mit dem Iran	15
8. Tauziehen um <i>Defense Authorization</i> 2014	17
9. Militärische Intervention der USA in Syrien nach Einigung über Vernichtung von Chemiewaffen vom Tisch	18

1. Überbrückungshaushalt beendet Schließung von Bundesbehörden

Senat und Repräsentantenhaus haben mit der Verabschiedung eines Kompromisspakets am 16. Oktober 2013 die mehr als zweiwöchige Schließung aller nicht sicherheitsrelevanten Bundesbehörden beendet. Präsident Barack Obama unterzeichnete das Gesetz kurz nach Mitternacht am 17. Oktober.

Zu der Schließung von Bundesbehörden und der Beurlaubung von etwa 800.000 Bundesangestellten war es gekommen, weil sich der Congress vor dem Ende des Fiskaljahres am 30. September nicht auf einen neuen Bundeshaushalt hatte einigen können.

Zu der Zuspitzung des Konflikts kam es zum einen, weil die Prioritäten von Demokraten und Republikanern weit auseinander lagen. Die Demokraten unter Führung von Präsident Obama favorisierten den Abbau des Haushaltsdefizits durch eine Kombination von Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen. Die Republikaner lehnten dagegen jegliche Steuererhöhungen ab.

Zum anderen hatte aber der Tea Party-Flügel der Republikaner beschlossen, die Situation zu nutzen, um einen letzten Anlauf zu unternehmen, die Umsetzung von Präsident Obamas Gesundheitsreform zu blockieren (siehe Congress Report, 28, 2013, Heft 7-9, S. 3).

Auf Initiative des früheren Senators Jim DeMint (R-South Carolina), dem neuen Vorsitzenden der *Heritage Foundation*, hatte *Heritage Action* während der Sommerpause des Congress eine landesweite Kampagne durchgeführt. Hauptredner war Senator Ted Cruz (R-Texas). Cruz forderte keinen Haushalt zu akzeptieren, der Mittel für die Umsetzung der Gesundheitsreform bereitstellt.

Flankiert wurde die Veranstaltungstour durch Anzeigenkampagnen und Auftritte von Aktivisten auf Bürgerversammlungen („*townhall meetings*“) in den Wahlkreisen und Bundesstaaten.

Im August unterzeichneten 14 Senatoren und 80 Abgeordnete Briefe von Senator Mike Lee (R-Utah) und dem Abgeordneten Mark Meadows (R-North Carolina) an die Parteiführungen der beiden Kammern, die die harte Linie von DeMint und Cruz unterstützten.

Damit durchkreuzten sie die Haushaltsstrategien der republikanischen Parteispitzen. Vor allem *Speaker* John Boehner (R-Ohio) wollte die Neubewilligung des Haushalts und die für Mitte Oktober anstehende Anhebung der Verschuldungsobergrenze des Bundes dafür nutzen, Präsident Obama und den Demokraten substantielle Zugeständnisse abzurufen. Dabei zielte er nicht nur auf Ausgabenkürzungen, sondern auch auf Reformen des Sozialversicherungssystems ab.

Doch die große Zahl der Befürworter der *Tea Party*-Strategie (mehr als ein Drittel der Fraktion) konfrontierte *Speaker* Boehner mit der Gefahr einer innerparteilichen Revolte. Ein Aufbrechen der Fraktionsdisziplin hätte die Führungsposition des *Speaker* und die Verhandlungsstärke gegenüber den Demokraten grundsätzlich in Frage gestellt.

Deswegen entschloss sich Boehner kurzfristig, die Befürworter der *Tea Party*-Strategie in seine Vorgehensweise einzubinden. Das Konzept war, die Budgetvorlage des Repräsentantenhauses vor dem Hintergrund der Schuldenobergrenze zu verändern und den Fokus damit von „Obamacare“ auf Ausgabenkürzungen auch im Bereich der Sozialversicherung zu verlagern.

Kurz vor dem Auslaufen des Haushaltsjahres hielt Ted Cruz im Senat eine 21-stündige Marathon-Rede, vorgeblich mit dem Ziel, den Haushalt und die Bewilligung von Mitteln für die Gesundheitsreform zu verhindern. Doch die Rede war nur ein „Pseudo-Filibuster“.

Im Anschluss an die Rede von Senator Cruz verabschiedete der Senat am 26. September eine Version des Haushalts, der die Bestimmung des Entzugs der Mittel für die Umsetzung der Gesundheitsreform aus der Vorlage des Repräsentantenhauses strich.

Die Republikaner im Repräsentantenhaus reagierten mit einer neuen Vorlage, die nur noch die Verzögerung der Umsetzung der Gesundheitsreform um ein Jahr forderte. Die demokratische Mehrheit des Senats verweigerte jedoch erneut die Zustimmung.

Nun reduzierten die Republikaner im Repräsentantenhaus ihre Forderung darauf, die individuelle Versicherungspflicht („*individual mandate*“) ab 2014 ein Jahr aufzuschieben. Die Demokraten im Senat griffen auch diese Forderung nicht auf.

Damit begann am 1. Oktober die Schließung der nicht sicherheitsrelevanten Bundesbehörden. Die Republikaner im Repräsentantenhaus begannen nun, Teilhaushalte für einzelne Behörden zu verabschieden. Doch der Senat blockierte diese Vorstöße mit Ausnahme der Verabschiedung eines Teilhaushalts für die Streitkräfte.

Speaker Boehner schwenkte nun auf die Taktik ein, die Haushaltsverhandlungen mit der Anhebung der Obergrenze der Bundesschulden und Ausgabenkürzungen zu verknüpfen. Allerdings verlor er dabei nicht nur den Rückhalt in der Fraktion, sondern auch in der Öffentlichkeit.

In der Öffentlichkeit wuchs die Unzufriedenheit mit dem *Government Shutdown* und der Unfähigkeit der Parteien, einen Kompromiss zu schließen, sichtbar. Die Hauptschuld wurde dabei den Republikanern zugeschrieben. Alle Seiten litten, aber die republikanische Partei fiel in *Gallup*-Umfragen auf einen historischen Tiefstwert von nur noch 28 Prozent Zustimmung,

Dies eröffnete eine Handlungsoption für den Senat. *Senate Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada) und *Minority Leader* Mitch McConnell (R-Kentucky) begannen Verhandlungen über eine mögliche Einigung. *Speaker* Boehner versuchte nochmals, eine neue Verhandlungsposition des Repräsentantenhauses zu formulieren. Boehner scheiterte allerdings, da er keine Mehrheit mit republikanischen Stimmen zusammenbringen konnte.

Demgegenüber gelang es Reid und McConnell schnell einen „Deal“ auszuhandeln, der nicht nur einen Überbrückungshaushalt vorsah, sondern auch eine Aussetzung der Obergrenze für die Bundesverschuldung. Der Kompromiss sah eine Fortschreibung des Haushalts auf Vorjahresniveau bis zum 15. Januar 2014 vor.

Zudem wurde die Obergrenze für die Bundesverschuldung bis zum 7. Februar 2014 ausgesetzt. Das einzige Zugeständnis im Hinblick auf die Gesundheitsreform war, dass eine strengere Kontrolle der Einkommensangaben für den Bezug von Subventionen zugesagt wurde.

Der Senat nahm den Kompromiss am 16. Oktober mit 81:18 Stimmen an. Das Repräsentantenhaus folgte kurz darauf mit 285:144 Stimmen. Wie im Senat kamen die Stimmen gegen den Kompromiss ausschließlich aus den Reihen der republikanischen Fraktionen. Dass heißt im Repräsentantenhaus stimmten nur 87 Republikaner für den Kompromiss, 144 aber dagegen.

Politisch ist der Kompromiss als Sieg für Präsident Barack Obama und die Demokraten zu werten. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung sahen sich die Republikaner wie schon beim *Government Shutdown* von 1995/96 gezwungen, einzulenken. Im Unterschied zu 1995/96 gingen die Republikaner allerdings dieses Mal politisch leer aus.

Obwohl die der *Tea Party* nahe stehenden Republikaner um Senator Ted Cruz verneinen, dass ihr Vorgehen ein taktischer Fehler war, ist zu erwarten, dass bis zu den Zwischenwahlen 2014 eine erneute Eskalation des Haushaltsstreits vermieden werden kann (siehe Punkt 2).

2. Haushaltskompromiss zwischen Republikanern und Demokraten

Nach der Eskalation der Auseinandersetzungen um den Bundshaushalt im Oktober 2013 (siehe Punkt 1) haben sich Demokraten und Republikaner im Congress Mitte Dezember auf einen mittelfristigen Kompromiss geeinigt, der den Streit bis nach den Wahlen im November 2014 aussetzt.

Nach dem Interims-Kompromiss von Mitte Oktober haben Paul Ryan (R-Wisconsin),

der Vorsitzende des Budgetausschusses des Repräsentantenhauses, und Patty Murray (D-Washington), die Vorsitzende des Budgetausschusses des Senats, Verhandlungen aufgenommen, die weitgehend hinter verschlossenen Türen geführt worden sind.

Kern des Budget-Deals zwischen Ryan und Murray sind globale Ausgabenansätze, die genau zwischen den Vorschlägen der Demokraten und Republikaner liegen. So wird der Ansatz für die jährlich neu zu beschließenden Ausgaben (*discretionary spending*) 2013 von 967 auf 1.012 Billionen USD angehoben. Für 2014 sind 1.014 Billionen vorgesehen.

Dies soll es erlauben, jeweils ca. 30 Milliarden USD der vorgesehenen automatischen Kürzungen (*Sequester*) unter dem *Budget Control Act* (BCA) von 2011 (siehe Congress Report, 26, 2011, Heft 7-9, S. 1) im Bereich der Zivil- wie der Militär-Ausgaben auszugleichen.

Darüber hinaus soll durch eine Kombination von Einsparungen und Abgabenerhöhungen erreicht werden, dass das Budgetdefizit um weitere 23 Milliarden USD gesenkt wird. Einsparungen sollen sich unter anderem durch höhere Beteiligungen von Bundesbediensteten an ihren Pensionsrücklagen erzielt werden. Zudem ist die Erhöhung der Abgaben für die Flugsicherheit durch eine entsprechende Abgabenerhöhung der Flugpassagiere geplant.

Von der Seite konservativer Republikaner wurde vor allem die Aufweichung der Obergrenzen für Ausgaben des BCA und das Fehlen weiterer Schritte zur Absenkung des Budgetdefizits beklagt. Die geplanten Erhöhungen der Einnahmen gelten zudem als versteckte Steuererhöhungen. Insbesondere der *Tea Party*-Bewegung nahe stehende Gruppen äußerten sich sehr kritisch.

Für die Demokraten ist das schmerzlichste Zugeständnis die Ausklammerung einer erneuten Verlängerung der Bezugsfristen für das Arbeitslosengeld, die in den zurück liegenden Jahren routinemäßig angehoben worden waren. Die bestehenden Bestimmungen in diesem Bereich laufen zum Jahresende aus.

Die Parteiführung der Demokraten um Harry Reid (D-Nevada) im Senat und Nancy Pelosi (D-California) im Repräsentantenhaus sicherte ihren Fraktionen jedoch zu, dass die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes unmittelbar nach dem Zusammentritt des Congress im neuen Jahr Priorität haben soll.

Ungeachtet der breiten Kritik von beiden Seiten nahm das Repräsentantenhaus den Kompromisshaushalt mit einer überparteilichen Mehrheit von 332 zu 94 Stimmen an. 62 republikanische und 32 demokratische Abgeordnete stimmten gegen den Haushalts-Deal.

Obwohl auch im Senat, vor allen unter den konservativen Republikaner, laute Kritik an dem Kompromiss geübt wurde, steht einer Annahme der Vorlage nichts mehr im Wege.

Der Senat hat am 17.Dezember 2013 mit 67 zu 33 Stimmen für das Ende der Debatte um die Budget-Vorlage gestimmt. 12 republikanische Senatoren schlossen sich dabei der demokratischen Mehrheit an und sorgten für eine überraschend klare Mehrheit.

Damit haben sie den Weg für eine Abstimmung des Senats über das Haushaltsgesetz frei gemacht, die für den 18. Dezember vorgesehen ist.

Demokraten wie Republikaner scheinen sich mit großer Mehrheit einig, den Budget-Streit bis nach den 2014er Wahlen zu vertagen. Dies dürfte auch die im Februar 2014 erneut anstehende Anhebung der Obergrenze der Bundesverschuldung mit einschließen, obwohl sich die Republikaner vorbehalten, erneut Forderungen mit der Anhebung zu verbinden.

3. Breite Kritik an mangelhafter Umsetzung von Obamas Gesundheitsreform

Nach der Öffnung der neuen Handelsportale für Krankenversicherungen unter der von Präsident Barack Obama durchgesetzten Gesundheitsreform am 1. Oktober haben vor allem Republikaner, aber auch Demokraten Kritik an den zu Tage tretenden Mängeln geäußert.

Die Online-Portale des Bundesministeriums für Gesundheit (*Department of Health and Human Services*, DHHS) wie der Einzelstaaten waren in den ersten Wochen dem enormen Ansturm von Informationsanfragen nicht gewachsen und brachen häufig zusammen.

Während es einer gewissen Zahl von Nutzern immerhin gelang, sich beim DHHS zu registrieren, waren tatsächliche Versicherungsabschlüsse die Ausnahme. Von den im ersten Monat angestrebten 500.000 Abschlüssen wurde nur ein Bruchteil erreicht, derzeit unter 30.000.

Nach der Ausweitung der Server-Kapazitäten zur Bewältigung der hohen Anfragezahlen traten jedoch weit gravierendere systemische Probleme zu Tage. Da der Online-Abschluss verschiedene Datenbanken von Ministerien des Bundes und der Einzelstaaten, darunter auch des *Internal Revenue Service* (IRS) sowie privater Versicherungen verknüpft, sind die Anforderungen an die Systemintegration hoch.

Die einzelnen Komponenten des komplexen Systems wurden von unterschiedlichen Privatfirmen entwickelt und umgesetzt. Die Oberaufsicht für die Systemintegration lag beim DHHS unter Gesundheitsministerin Kathleen Sebelius. Das Ministerium schien

der Aufgabe nicht gewachsen zu sein, die Zusammenarbeit der Firmen und die Durchführung der notwendigen Tests zu gewährleisten.

Beispielsweise sollen unterschiedliche Anforderungen an Sicherheitsbestimmungen wie die Passwörter der Nutzer auf der Registrierungs-Website und nachgeschalteten Datenbanken zu „unerklärlichen“ Blockaden geführt haben.

Zwischenzeitlich scheinen die systemischen „bugs“ weitgehend unter Kontrolle gebracht worden sein, unter anderem durch Übertragung der Überwachung der Systemintegration an ein privates Unternehmen.

Sehr viel stärker zu Buche geschlagen hat die Welle der Kündigung von privaten Versicherungen durch die Versicherungsträger zum Jahresende. Nach Schätzungen sollen bis zu fünf Millionen individuelle Krankenversicherungen gekündigt worden sein.

Präsident Barack Obama hatte in Reden immer wieder beteuert, dass jeder Versicherte seine Police und seine Ärzte behalten könnte, oder, in seinen eigenen Worten: „If you like your plan, you can keep your plan. If you like your doctor, you can keep your doctor“.

Technisch ist dies zwar korrekt, da der *Affordable Care Act* (ACA) einen Bestandsschutz für Krankenversicherungen bietet. Wenn Versicherungen die Bedingungen ihrer Policen substanziell verändern, müssen diese allerdings den Bestimmungen des ACA angepasst werden.

Die privaten Versicherungsunternehmen haben sich nun in einer größeren Zahl als erwartet dazu entschlossen, ihre Produktpalette auf den neuen Gruppenmarkt umzustellen. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen wie der Nichtausschluss bestehender Krankheiten und das Verbot von Ausgabenobergrenzen für einzelne Behandlungen haben vor allem für jüngere, gut verdienende Versicherungsnehmer zu merklichen Preisanhebungen geführt.

Den empörten Teilen der Öffentlichkeit war der Unterschied zwischen Präsident Obamas Versprechen und dem Geschäftskalkül der Versicherungsunternehmen nicht zu vermitteln. Präsident Obama sah sich gezwungen, sich für seine irreführenden Darstellungen und Versprechungen zu entschuldigen.

Ungeachtet des verbreiteten Unmuts ist die große Umstellungswelle durchaus hilfreich für „Obamacare“, da der Versicherungspool eine hinreichende Zahl von Versicherten umfassen muss, um langfristig tragfähig zu sein. Nach offiziellen Schätzungen liegt das Volumen bei etwa 7 Millionen Versicherten. Mit der großen Zahl der Neuabschlüsse wird dieses Ziel sehr viel einfacher zu erreichen sein.

Die Administration will angesichts der bekannten Probleme mit den Online-Portalen den Versicherungsnehmern entgegenkommen. Die Frist für den Abschluss von Versicherungen zum 1. Januar 2014 wurde bereits auf den 31.12. hinaus geschoben. Weitere Fristverlängerungen sind möglich.

Deutlich günstiger sind zudem die Rekrutierungszahlen unter *Medicaid*, obwohl sich eine große Zahl von republikanisch regierten Einzelstaaten dem Ausbau von *Medicaid* unter dem ACA nicht angeschlossen haben. Schon in Oktober sollen 1,5 Millionen neue Anspruchsberechtigte registriert worden sein.

Ungeachtet der zwischenzeitlich erzielten Verbesserungen und Fortschritte haben die ernsthaften Probleme der Einführung des Kerns der Gesundheitsreform (die Online-Portale und organisierten Märkte für Krankenversicherungen) das Ansehen Obamas und der Demokraten merklich in Mitleidenschaft gezogen.

Für die Republikaner war dies nach ihrem eigenen Debakel im Haushaltsstreit eine mehr als willkommene Atempause. Doch die Republikaner haben weiterhin Schwierigkeiten jenseits einer einfachen Ablehnung von „Obamacare“ Alternativen zu formulieren.

Eine Initiative der konservativen Abgeordneten Steve Scalise (R-Louisiana) und Phil Roe (R-Tennessee), der „American Health Care Reform Act“, zielt auf Steuervergünstigungen für Einzelversicherte, die diese mit Versicherten gleichstellt, die über ein Beschäftigungsverhältnis versichert sind.

Doch selbst diese Minimal-Initiative hat bisher kaum mehr 120 Co-Sponsoren. Fragen zum Ausschluss von existierenden Krankheitsrisiken, zu Begrenzung von Leistungen im Krankheitsfall oder gar zur Bildung von Versichertenpools, die Beiträge bezahlbar machen, bleiben völlig unbeantwortet.

Damit läuft die republikanische Partei politisch Gefahr, ihr eigenes Standing allein vom Erfolg oder Misserfolg der Obama-Administration abhängig zu machen.

4. Senat schränkt „Filibuster“ stark ein

Die demokratische Mehrheit unter Führung von *Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada) hat am 21. November 2013 in einer heftig umstrittenen Entscheidung die Blockade von Ernennungen von Richtern und politischen Beamten durch Senatoren drastisch eingeschränkt.

Die Standardmethode der Verhinderung der Ernennung eines vom Präsidenten vorgeschlagenem Kandidaten ist die Androhung eines *Filibuster*, das heißt die Verhinderung einer Abstimmung durch die Inanspruchnahme der unbeschränkten

Redezeit eines Senators.

Unter den Regeln des Senats kann ein Antrag auf Ende der Debatte (*Cloture*) nur mit 60 der 100 Stimmen durchgesetzt werden. Dies erlaubt es der Minderheitspartei zumeist, ein *Filibuster* auch gegen den Willen Mehrheitspartei aufrecht zu erhalten.

Nach der jüngsten Regeländerung soll dies nur noch für Ernennungen von Richtern für den *Supreme Court* gelten. Alle anderen Ernennungsvorschläge können nun mit einfacher Mehrheit zur Abstimmung gebracht werden.

Hintergrund der drastischen Entscheidung ist, dass sich beide Parteien in den letzten drei Jahrzehnten wechselseitig darin übertroffen haben, mehr und mehr Ernennungen des Präsidenten der jeweils anderen Partei zu blockieren.

2005 war es *Majority Leader* Trent Lott (R-Mississippi), der den Demokraten mit genau diesem Schritt drohte, während Harry Reid für die Minderheit dies scharf kritisierte. Eine überparteiliche Gruppierung von demokratischen und republikanischen Senatoren („*Gang of 14*“) unter Führung von John McCain (R-Arizona) wendete eine Änderung in letzter Minute ab (vgl. Congress Report, 20, 2005, S. 1).

2013 war es Harry Reid, der angesichts der präzedenzlosen Blockade von Richterernennungen Präsident Obamas unter heftigem Protest von *Minority Leader* Mitch McConnell (R-Kentucky) die Notbremse zog. Reid hatte damit bereits im Januar 2013 gedroht. Die Freigabe einer Reihe von Ernennungen hatte die Zuspitzung des Konflikts jedoch kurzfristig abgewendet.

Mit der Blockade von drei Ernennungsvorschlägen des Präsidenten für den *U.S. Court of Appeals for the District of Columbia*, der die wichtigen Fälle der Bundesgesetze und Bundesregulierungen verhandelt, provozierten die Republikaner die demokratische Mehrheit zu drastischen Maßnahmen.

Besonders kontrovers ist die Regeländerung, weil die Demokraten sie mit der einfachen Mehrheit der Stimmen durchgesetzt haben. Normalerweise wird die Geschäftsordnung des Senats zu Beginn eines neuen Congress mit einfacher Mehrheit verabschiedet. Während der Sitzungsperiode werden wichtigen Regeländerungen herkömmlich nur mit 2/3-Mehrheit beschlossen.

Unter Artikel I, Abschnitt 5 der US Verfassung kann der Senat jedoch (wie das Repräsentantenhaus) seine Geschäftsordnung mit einfacher Mehrheit beschließen. Qualifizierte Mehrheiten sind nur für den Ausschluss von Mitgliedern erforderlich. Deswegen wird die Änderung der Geschäftsordnung mit einfacher Mehrheit auch als „*constitutional option*“ bezeichnet, aber mit Blick auf den Bruch der Tradition des Senats als „*nuclear option*“ angesehen.

Minority Leader Mitch McConnell sprach von einem „*power grab*“ der Demokraten. Zweifelhaft ist jedoch die Vorhersage von McConnell und anderen Republikanern, dass das harte Vorgehen zu einem generellen Ende des *Filibusters* und damit des traditionellen Senats führen muss. McConnell befürchtet, dass der Senat wie das Repräsentantenhaus zu einer Gesetzgebungs-Maschine der Mehrheit wird.

Bereits 1917 wurde das Recht auf unbeschränkte Redezeit der Senatoren durch die Einführung eines 2/3-Quorums für die Beendigung der Debatte (*Cloture*) eingeschränkt.

Unter dem *Budget and Impoundment Control Act* (BICA, 1974) wurde zudem der Haushaltsprozess von qualifizierten Mehrheiten für die Beendigung der Debatte ausgenommen. 1975 wurde darüber hinaus die qualifizierte Mehrheit für die Beendigung der Debatte von 67 auf 60 Stimmen herabgesetzt, mit Ausnahme von Änderungen der Geschäftsordnung.

Dessen ungeachtet hat sich das *Filibuster* über Jahrzehnte im Senat erhalten. Was tatsächlich das Überleben des *Filibuster* als Element deliberativer und nicht majoritärer Demokratie bedroht, ist die gedankenlose Nutzung dieses Instruments durch beide Parteien.

Paradoxerweise drohen die Republikaner aktuell mit einer generellen Abschaffung des *Filibuster*, sollten sie die Mehrheit im Senat erhalten, während sie es zugleich mit Zähnen und Klauen verteidigen wollen. Zur Verhinderung der Ernennung der oben genannten Bundesrichter veranstaltete die republikanische Fraktion einen zweitägigen Redemarathon ihrer Mitglieder, die Tag und Nacht in abwechselnder Folge jegliche Abstimmungen unterbinden sollten.

Dies macht deutlich, dass sich Demokraten und Republikaner gemeinsam auf einen neuen *modus vivendi* einigen müssten, um den Senat als eine vom Repräsentantenhaus unterscheidbare Kammer zu erhalten und die zwischenparteiliche Kooperation zu befördern.

5. Steuerpolitik in unbefristeter Warteschleife

Senat und Repräsentantenhaus haben das Thema Steuerpolitik im gesetzgeberischen Endspurt 2013 ausgeklammert und mit vagen Andeutungen auf das kommende Jahr vertagt.

Zum Ende des Jahres 2013 laufen nach Informationen des *Joint Committee on Taxation*, das abwechselnd von den Vorsitzenden des *House Ways and Means Committee* und des *Senate Finance Committee* geführt wird, 55 Steuervergünstigungen aus.

Zumeist handelt es sich hierbei um Fördermaßnahmen für Forschung und Entwicklung, beispielsweise für erneuerbare Energien und Elektrofahrzeuge, aber auch für Investitionsförderung von Kommunen und Regionen oder Vergünstigungen für Rennveranstaltungen (NASCAR) oder die Filmindustrie.

Dave Camp (R-Michigan), der Vorsitzende des House Ways Means Committee, und Max Baucus (D-Montana) deuteten an, dass die auslaufenden Vergünstigungen im kommenden Jahr rückwirkend verlängert werden sollen.

Sowohl für Camp wie für Baucus ist 2014 die letzte Gelegenheit, eine große Reform des Steuersystems in Angriff zu nehmen. Camp muss nach 2014 den Vorsitz des *Ways and Means Committee* abgeben. Baucus hat seine Absicht bekundet, 2014 nicht wieder für den Senat zu kandidieren.

Republikaner wie Demokraten favorisieren eine umfassende Reform, die breit angelegte Streichungen von Steuervergünstigungen und eine Absenkung der Steuertarife kombiniert. Insbesondere *Speaker* John Boehner hat dieses Projekt zu seiner persönlichen Priorität erklärt.

Auch Präsident Obama und die Demokraten im Congress sind an einer Überarbeitung des Steuersystems interessiert. Allerdings wollen sie im Unterschied zu den Republikanern die Gelegenheit nutzen, erhebliche Steuermehreinnahmen zur Absenkung des Defizits zu erzielen.

Dies ist jedoch nicht der einzige potenzielle Stolperstein für eine Reform. Die Steuervergünstigungen, die den Großteil des Finanzvolumens ausmachen wie die Ausnahmen für Krankenversicherungen, Zinszahlungen für private Immobilien und wohlthätigen Spenden oder die Abzugsfähigkeit der Einkommenssteuern der Einzelstaaten, sind sehr populär.

Andere Steuervergünstigungen für Wirtschaftsunternehmen, etwa für die Erschließung von Öl- und Gasvorkommen, sind zwar weniger populär, genießen jedoch die Unterstützung einflussreicher Interessengruppen.

Angesichts der tief sitzenden Abneigung der Republikaner im Repräsentantenhaus gegen jeglichen Kompromiss mit Präsident Obama scheinen deswegen die Aussichten für ein so ambitioniertes Reformprojekt wie eine grundlegende Steuerreform vor den Wahlen 2014 äußerst gering.

6. Geheimdienstausschuss des Senats für Reform der gesetzlichen Grundlagen der NSA-Aktivitäten

Im Senat hat sich der Geheimdienstausschuss am 31. Oktober 2013 unter dem Vorsitz von Senatorin Dianne Feinstein (D-California) mit 11 zu 4 Stimmen dafür ausgesprochen, die gesetzlichen Grundlagen der so genannten „metadata surveillance“ und der „electronic surveillance“ des Geheimdienstes NSA (National Security Agency) enger zu fassen.

Die Gesetzesvorlage mit dem Titel „FISA Improvements Act of 2013“ (S 1631) steht im Zusammenhang mit den weltweiten Ausspähaktivitäten der NSA, die im Juni 2013 durch Edward Snowden, einen ehemaligen Mitarbeiter des Geheimdienstes, öffentlich gemacht worden waren (vgl. Congress Report, 28, 2013, Heft 4-6, S. 14 ff.).

Diese Aktivitäten, die im Zuge des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus nach dem 11. September 2001 von der amerikanischen Regierung maßgeblich ausgedehnt worden waren, haben zwischenzeitlich in den USA und in Europa eine intensive Debatte über den Schutz der Privatsphäre in den westlichen Demokratien ausgelöst (vgl. Congress Report, 28, 2013, Heft 7-9, S. 8 ff.).

So war unter anderem bekannt geworden, dass die NSA ein Diensttelefon von Bundeskanzlerin Angela Merkel abgehört hatte, was dazu führte, dass der amerikanische Botschafter in Deutschland im Oktober förmlich in das Auswärtige Amt einbestellt worden war. In Telefongesprächen mit Präsident Obama drängte Kanzlerin Merkel persönlich auf Aufklärung und entsandte eine Delegation ins Weiße Haus, und manche Beobachter sprachen von der schwersten Belastung der deutsch-amerikanischen Beziehungen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

Das Senate Select Committee on Intelligence will mit seiner Gesetzesvorlage den Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA), in dem die Grundlagen für die nachrichtendienstliche Auslandsaufklärung seit dem Jahr 1978 geregelt sind, modifizieren.

Ziel ist es,

- Zweifel am Schutz der Privatsphäre, so wie er in der amerikanischen Verfassung seit 1791 garantiert ist, auszuräumen.

Im vierten Zusatzartikel zur amerikanischen Verfassung, der zur so genannten „Bill of Rights“ gehört, wird das Recht des Volkes auf Sicherheit der Person und der Wohnung vor willkürlicher Untersuchung ohne genau bezeichneten Rechtsgrund durch den Staat garantiert. „The right of the people to be secure in their persons, houses, papers, and effects, against unreasonable searches and seizures“, heißt es dort, „shall not be violated, and no warrants shall issue, but upon probable cause, supported by oath or affirmation, and particularly describing the place to be searched, and the persons or things to be seized“.

Im FISA Amendments Act von 2008 sowie dem USA PATRIOT Act von 2001 hatte der Congress dem Präsidenten (beziehungsweise der NSA und dem FBI) weitreichende Überwachungsvollmachten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus eingeräumt (Abschnitt 215 des PATRIOT Act zur „Metadata Surveillance“ und Abschnitt 702 des FISA zur „Electronic Surveillance“).

Über die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben wacht der Foreign Intelligence Surveillance Court (FISC), dessen 11 Mitglieder die Maßnahmen autorisieren. Der FISA wurde vom Kongress mit Zusätzen versehen im Jahr 2012 bis 2015 verlängert (vgl. Congress Report, 27, 2012, Heft 9-10, S. 8 ff.)

Die Aktivitäten der NSA, die 1952 gegründet wurde und mittlerweile über einen Etat von jährlich über 10 Mrd. US Dollar verfügt, betreffen zunächst die Sammlung von Telefonverbindungsdaten in den USA („domestic collection of domestic phone records“). Diese Sammlung dieser so genannten ‚Metadaten‘ umfasst die Nummer, von der aus gewählt wurde, die Nummer, die angewählt wurde, sowie die Dauer des jeweiligen Anrufes.

Die NSA sammelt aber auch die Metadaten der Internet-Kommunikation mit ausländischen Teilnehmern. So sollen neun führende Web-Dienste und Internet-Provider in den USA (darunter *Facebook, Google, Skype, YouTube* und *Yahoo*) von der NSA in Bezug auf E-Mails, Video-Chats sowie den Dokumentenaustausch systematisch abgeschöpft worden sein. Bekannt geworden sind in diesem Zusammenhang geheime NSA-Programme mit Codenamen wie „PRISM“, „DISHFIRE“, „TRACFIN“ oder „SNACKS“ (Social Network Analysis Collaboration Services). Mit diesen Programmen späht die NSA die sozialen Netzwerke aus, überwacht weltweit Kreditkartengeschäfte und wertet den Austausch von Textbotschaften aus.

Die Vorlage des Geheimdienstausschusses des Senats (S 1631) zielt darauf ab, den Foreign Intelligence Surveillance Act zu verbessern, entsprechend der Name „FISA Improvements Act of 2013“.

Im Wortlaut zielt der *FISA Improvements Act* darauf ab,

- „to place restrictions on the bulk collection of wire or electronic communications that a FISA court may authorize in response to an application by the Federal Bureau of Investigation (FBI) for an order requiring the production of tangible things (commonly referred to as business records, including books, records, papers, documents, and other items) for an investigation to obtain foreign intelligence information concerning a U.S. person or to protect against international terrorism or clandestine intelligence activities“ (Hervorhebung durch die Redaktion).

Die Autorisierung solcher Maßnahmen soll nach den Vorstellungen des *Senate Intelligence Committee* durch den FISC erfolgen und auf 90 Tage begrenzt sein. Den Ausgangspunkt soll eine so genannte „Reasonable Articulate Suspicion“ (RAS) bilden, also der Verdacht der Vorbereitung oder Ausführung einer terroristischen Straftat.

Nach den Vorstellungen des *Senate Select Committee on Intelligence* soll der Director of National Intelligence (DNI) im Rahmen einer „automated procedure“ über die aggregierte Zahl der Untersuchungen innerhalb eines Überwachungsquartals entscheiden und diese Informationen dem Congress auf Anfrage zur Verfügung stellen.

Daten und Unterlagen sollen nicht länger als fünf Jahre gespeichert werden und der Justizminister soll den Congress jährlich über die von der NSA durchgeführten Überwachungsmaßnahmen („bulk data queries, warrants and court orders“) informieren.

Ein alternativer Vorschlag von Senator Mark Udall (D-Colorado), der das Programm zur Sammlung von Telefonverbindungsdaten in den USA („domestic collection of domestic phone records“) insgesamt beendet hätte, fand im Geheimdienstausschuss des Senats keine Mehrheit. Udall begründete seine Initiative damit, dass die Überwachungsaktivitäten der NSA „grundlegend; reformiert werden müssten. Andere Kritiker der Gesetzesinitiative wie Leslie Harris, Präsident des *Center for Democracy and Technology*, warfen dem Geheimdienstausschuss des Senats vor, dass die verabschiedete Vorlage nicht auf eine Reform, sondern eher auf eine „Ratifikation“ der bestehenden Praktiken der NSA durch den Congress hinauslaufe.

Befürworter der Entscheidung wie Senator Saxby Chambliss (R-Georgia) sehen das naturgemäß ganz anders. „As Congress has known for years“, so Saxby, „these NSA collection programs are vital to our national security and must continue“. Für den republikanischen Senator wird durch die Gesetzesvorlage das Ziel „erhöhter Transparenz“ gewahrt, ohne dass die „operative Effektivität und Flexibilität“ der Dienste in Mitleidenschaft gezogen wird. In eine ähnliche Richtung äußerte sich auch die Vorsitzende des *Senate Select Committee on Intelligence*, die Demokratin Dianne Feinstein (California). „The collection of phone numbers, which can be run when a terrorist target in another country calls an American number“, so die Ausschussvorsitzende, „is something, in my view, which protects this country“.

Die Obama-Administration und der Direktor der NSA, General Keith B. Alexander, begrüßen die Vorlage des Geheimdienstausschusses des Senats. „The bill approved by the Senate Intelligence Committee includes a number of constructive provisions“, so der General, „that we support and that we think will enhance protections for privacy and civil liberties without harming national security“.

Im Rechtsausschuss des Senats ist eine konkurrierende Gesetzesinitiative zur Reform der Überwachungspraxis durch die NSA anhängig. Diese mit dem Titel „USA

Freedom Act“ (§ 1599) bezeichnete Initiative wurde am 29. Oktober 2013 vom Vorsitzenden des *Senate Judiciary Committee*, Senator Patrick J. Leahy (D-Vermont), eingebracht und hat 18 weitere Unterstützer, darunter 15 Demokraten und drei Republikaner. Sie zielt darauf ab, Überwachungsaktivitäten der NSA wie „Eavesdropping, Dragnet-collection, and Online Monitoring“ stärker als bisher gesetzlich einzuschränken.

So soll

- die Sammlung von Inlandskommunikationsdaten amerikanischer Staatsbürger nur noch dann gesetzlich erlaubt sein, wenn dazu eine ausdrückliche gesetzliche Autorisierung erfolgt ist, beziehungsweise der betroffene amerikanische Staatsbürger sein ausdrückliches Einverständnis dazu gegeben hat.

Senator Leahy wies im Rahmen von Anhörungen seines Ausschusses mit dem Titel „Continued Oversight of U.S. Government Surveillance Authorities“ am 6. und 11. Dezember 2013 darauf hin, dass das „bulk phone records collection program“ der NSA beispielsweise keinesfalls so erfolgreich gewesen ist wie von der NSA behauptet. So könne nicht davon ausgegangen werden, dass durch dieses Programm 54 terroristische Anschlagpläne vereitelt worden seien, wie vom Geheimdienst behauptet. „That sole example“, so der Vorsitzende des *Senate Judiciary Committee*, “was a material prosecution of a San Diego cabdriver who sent roughly \$ 8,000 to Somalia”.

Im Repräsentantenhaus ist eine in wesentlichen Teilen identische Gesetzesvorlage anhängig. Sie wurde von James F. Sensenbrenner (R-Wisconsin) eingebracht und wird von 112 weiteren Mitgliedern der Kammer, darunter 58 Demokraten und 54 Republikaner, unterstützt.

Kritiker der Überwachungsaktivitäten der NSA, wie Timothy H. Edgar, der für die *American Civil Liberties Union* gearbeitet hat, und derzeit Visiting Fellow an der *Brown University* ist, aber auch als *Deputy* im *Office of the Director of National Intelligence* gearbeitet hat, haben darauf hingewiesen, dass die Internet-Überwachung durch die NSA sehr umfänglich ist.

In einer Anhörung vor dem *Senate Select Committee on Intelligence* zum Thema „Foreign Surveillance Act (FISA) Legislation“ am 26. September 2013 hielt Edgar dazu Folgendes fest:

- „These FISA collection programs are certainly, in the words of Director of National Intelligence James Clapper, ‚broad in scope‘. FISA business records orders, now declassified, require major telecommunications providers to provide ‚on an ongoing daily basis‘, metadata that relates ‘to substantially *all of the telephone calls* handled by the companies, including both calls made between the United States and a foreign country and calls made entirely within the United States‘. Collection and analysis of Internet communications content is also vast. In a recent public report, the National

Security Agency says that it ‘touches’ 29.21 petabytes of data every day. According to the same NSA report, this represents about 1.6 % of total daily internet traffic. By comparison, Google analyzes a smaller, although still quite vast, 20 petabytes per day. While the NSA’s collection is directed at foreign targets and only a small fraction (0.025% of the 29.21 petabytes, or 0.00004% of all Internet traffic) is actually selected for review – *this is Internet surveillance on a very impressive scale*” (Hervorhebung durch die Redaktion).

Im Rahmen der Anhörungen vor dem Senate Judiciary Committee zur Überwachungsproblematik am 6. Dezember 2013 wies Edward J. Black, Präsident der *Computer & Communications Industry Association* in den USA, auf die ökonomischen Gefahren der Überwachungsaktivitäten der NSA für ein „offenes Internet“ hin:

- „The NSA’s practices have clear impacts on the business of the U.S.-based Internet companies. So much of online commerce today is fundamentally based on trust. If users are going to turn over very sensitive information such as the contents of an inbox, to a company providing an online email or other cloud service, they need to have trust in the idea that the company will act as a responsible steward of that data.”

Black kommt in seiner Einschätzung der NSA-Überwachung zu dem Schluss: „The NSA’s efforts to undermine international encryption standards have (...) made us economically weaker”. Das deckt sich mit der zunehmenden Besorgnis der großen Internet-Unternehmen in den USA, wie *Google* und *Yahoo*, die erhebliche Geschäftseinbußen befürchten, sollte der Vertrauensverlust in die Datensicherheit und die Beschädigung der Privatsphäre in Folge der durch Edward Snowden öffentlich gewordenen Überwachungspraktiken der NSA nicht überwunden werden können.

7. Uneinigkeit bei den Demokraten über weiteren Umgang mit dem Iran

Im Congress herrscht unter Obamas Demokraten, die im Senat die Mehrheit stellen, Uneinigkeit über die weitere Sanktionspolitik gegenüber dem Iran, von dem seit vielen Jahren angenommen wird, dass er ein nukleares Waffenprogramm verfolgt.

Die E3/EU+3 hatten sich im November 2013 in einem Interimsabkommen mit dem Iran darauf geeinigt, dass dieser sein Nuklearprogramm für sechs Monate einfriert. Gleichzeitig sieht der in Genf vereinbarte *Joint Plan of Action* vor, dass die Verhandlungen mit dem Ziel einer dauerhaften Lösung im Umgang mit dem iranischen Nuklearprogramm fortgeführt werden.

Im Gegenzug für das Einfrieren des Nuklearprogramms durch den Iran und die verstärkte Überwachung durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) werden einige der bestehenden Sanktionen der USA und der EU gegenüber Teheran vorläufig

ausgesetzt.

Im „Joint Plan of Action“ heißt es unter anderem dazu:

„In return, the E3/EU+3 would undertake the following voluntary measures:

- Pause efforts to further reduce Iran’s crude oil sales, enabling Iran’s current customers to purchase their current average amounts of crude oil. Enable the repatriation of an agreed amount of revenue held abroad. For such oil sales, suspend the EU and U.S. sanctions on associated insurance and transportation services.
- Suspend U.S. and EU sanctions on:
 - Iran’s petrochemical exports, as well as sanctions on associated services.
 - Gold and precious metals, as well as sanctions on associated services.
- Suspend U.S. sanctions on Iran’s auto industry, as well as sanctions on associated services.
- License the supply and installation in Iran of spare parts for safety of flight for Iranian civil aviation and associated services. License safety related inspections and repairs in Iran as well as associated services.
- No new nuclear-related UN Security Council sanctions.
- No new EU nuclear-related sanctions.”

Außerdem findet sich in der Vereinbarung folgende Formulierung:

- „The U.S. Administration, acting consistent with respective roles of the President and the Congress, will refrain from imposing new nuclear-related sanctions” (Hervorhebung durch die Redaktion).

Allerdings sind sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus Resolutionen anhängig, die im Lichte der „iranischen Unterstützung für den Terrorismus und die Unterdrückung ihrer eigenen Bürger“ auf zusätzlichen Sanktionen gegenüber Teherans Regierung setzen und die bestehende Sanktionsgesetzgebung ausdrücklich aufrechterhalten wollen. Dabei wird im Resolutionsentwurf des Repräsentantenhauses auf folgende (geltende) Sanktionsbestimmungen verwiesen: „Iran Sanctions Act, Comprehensive Iran Sanctions, Accountability, and Divestment Act of 2010, Section 1245 of the National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2012, Iran Threat Reduction and Syria Human Rights Act of 2012”.

Im (republikanisch dominierten) Repräsentantenhaus haben sich dem Vernehmen nach Majority Leader Eric Cantor (R-Virginia) und Minority Whip Steny Hoyer (D-

Maryland) darauf verständigt, neue Sanktionsmaßnahmen gegenüber dem Iran vorläufig nicht weiter zu verfolgen, um die Verhandlungen über ein Endstatusabkommen der 5+1 mit Teheran in den nächsten sechs Monaten nicht zu konterkarieren.

Im demokratisch kontrollierten Senat ist die Situation etwas komplizierter. Während Senator Tim Johnson (D-South Dakota), der Vorsitzende des Bankenausschusses, sich nach Gesprächen mit der Obama-Administration im Dezember dafür ausgesprochen hat, eine „Pause“ in der Sanktionsgesetzgebung gegenüber dem Iran einzulegen, machen sich andere Mitglieder von Johnsons Senatsfraktion wie Charles E. Schumer (D-New York) dafür stark, die Sanktionen gegenüber dem Iran weiter zu verschärfen.

Die Kritiker der Genfer Vereinbarung, zu denen auch die demokratischen Senatoren Robert Menendez (New Jersey), Mark Begich (Alaska), Richard Blumenthal (Connecticut), Barbara Boxer (California), Sherrod Brown (Ohio), Benjamin Cardin (Maryland), Bob Casey (Pennsylvania), Kirsten Gillibrand (New York), Joe Machin (West Virginia) und Ron Wyden (Oregon) gehören, begegnen dem Iran unverändert mit größtem Misstrauen und fühlen sich durch den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu bestätigt, der von einem „historischen Fehler“ in Genf gesprochen hat.

„Many of us share the prime minister’s belief that there shouldn’t be a relaxation of sanctions until there’s real change in Iran’s conduct“, erklärte Senator Cardin in diesem Zusammenhang und fügte hinzu: “Iran can’t be trusted when it says it will do something if we do something. So I am for the strongest possible sanctions - even in the middle of negotiations – until Iran changes its behavior”.

Im gesellschaftlichen Umfeld hat das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC), die einflussreichste proisraelische Lobbying-Organisation erklärt, dass die Verabschiedung weiterer Sanktionsmaßnahmen Priorität haben sollte. „Congress must pass legislation that will increase the pressure on Iran and ensure any future deal that denies Teheran a nuclear weapons capability“, so AIPAC. Demgegenüber scheint die amerikanische breite Öffentlichkeit das Interimsabkommen mit dem Iran einer Umfrage von Anfang Dezember zu Folge mehrheitlich (63 Prozent) zu begrüßen und auch einer Aussetzung der Sanktionsbestimmungen für sechs Monate im Rahmen des Interimsabkommens positiv (68 Prozent) einzuschätzen.

8. Tauziehen um *Defense Authorization 2014*

Verhandlungsführer von Repräsentantenhaus und Streitkräfteausschuss des Senats haben sich im Dezember nach der Rückkehr des Congress aus der zweiwöchigen Sitzungspause zu Thanksgiving auf einen Kompromiss im Umgang mit dem Verteidigungsgenehmigungsgesetz für das neue Haushaltsjahr („Fiscal Year 2014

Defense Authorization“) geeinigt.

Allerdings müssen dem Kompromiss formal noch beide Kammern zustimmen. Das Repräsentantenhaus hatte seinen Entwurf zum Verteidigungsgenehmigungsgesetz im Juni verabschiedet (vgl. Congress Report, 28, 2013, 4-6, S. 3 ff.). Der Streitkräfteausschuss des Senats war dem am gleichen Tag gefolgt (S 1197).

Das Senatsplenum hatte jedoch bis zum November keine Entscheidung treffen können, da die Republikaner mit einer Fülle von Zusätzen eine Entscheidung blockiert hatten und ein *Cloture* zur Beendigung der Debatte am 21. November mit 51 zu 44 Stimmen gescheitert war. Nach der Geschäftsordnung des Senats wären 60 Stimmen für ein *Cloture* erforderlich gewesen (vgl. auch Punkt 4).

Vor diesem Hintergrund entschloss sich der Vorsitzende des *Senate Armed Services Committee*, Carl Levin (D-Michigan), dazu direkt mit dem Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus, Howard „Buck“ McKeon (R-California) über eine gemeinsame Vorlage zu verhandeln, damit der Congress noch vor dem Ende der Sitzungsperiode eine Genehmigungsentscheidung über den Verteidigungshaushalt treffen kann.

Üblicherweise werden die Entwürfe zum Verteidigungsgenehmigungsgesetz beider Kammern im Vermittlungsausschuss aufeinander abgestimmt, bevor sie dann in beiden Kammern zur endgültigen Verabschiedung gebracht werden. Das Ergebnis des erzielten Kompromisses kann in den großen Linien nachverfolgt werden unter: <http://www.armed-services.senate.gov/imo/media/doc/Press%20release.pdf>. Es bleibt abzuwarten, ob beide Kammern der Kompromissvorlage Levins und McKeons folgen werden.

9. Militärische Intervention der USA in Syrien nach Einigung über Vernichtung von Chemiewaffen vom Tisch

Im Congress wurde die Entscheidung über die Ermächtigung für einen begrenzten Militäreinsatz der USA gegen Syrien (vgl. Congress Report, 28, 2013, Heft 7-9, S. 1 ff.) ausgesetzt, nachdem es dem amerikanischen Unterhändler, Außenminister John Kerry, und seinem russischen Amtskollegen, Sergej Lawrow, Mitte September 2013 überraschend gelungen war, Syriens Machthaber Baschar al-Assad auf die Vernichtung des syrischen Chemiewaffenarsenals bis Mitte 2014 zu verpflichten.

Im Rahmen des vereinbarten „Framework Agreement“ hat sich Syrien dazu bereit erklärt, der Chemiewaffen-Konvention beizutreten und seine Chemiewaffenbestände gegenüber der *Organization for the Prohibition of Chemical Weapons* (OPCW) offenzulegen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat dazu am 27. September

2013 Resolution 2118 verabschiedet, die der OPCW die Aufsicht über die Vernichtung der syrischen Chemiewaffenbestände überträgt.

Im Congress war man über die Entwicklung über die Parteigrenzen hinweg sehr erleichtert, da es viele kritische Stimmen zu der von Präsident Obama verlangten Ermächtigungsresolution gab. Obama „failed to offer a compelling description of how his proposed intervention would advance America’s broader foreign policy strategy – indeed, how it would advance his own policy of regime change“, so der Minority Whip im Senat, John Cornyn (R-Texas), stellvertretend für viele Skeptiker eines amerikanischen Militäreinsatzes gegen Syrien während der ersten Anhörungen im Kapitol im September.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

<http://www.uni-kl.de/politik/>